

## Antrag

# A3NEU13 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus.

Antragssteller\*innen: hv

## Antragstext

### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr  
3 Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den  
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen  
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische und  
6 muslimische Menschen und Menschen mit körperlichen und/oder geistigen  
7 Behinderungen.

8 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
9 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist  
10 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und  
11 dadurch extrem rechte und rechtspopulistische Ideologien zu verbreiten. Dies  
12 schwächt fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies  
13 beinhaltet unter anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die  
14 Lähmung parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt  
15 sich am deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf  
16 gewählte **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

17 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
18 Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

19  
20 ***Wir beobachten einen steigenden Rechtsruck in der Gesellschaft. Das Diskursklima***  
21 ***verschärft sich in Richtung extremer Rechte – viele Erscheinungsformen***  
22 ***gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind sagbar, sind salonfähig geworden.***

23  
24 ***Dies spiegelt sich auch in der gegenwärtigen Studienlage: So zeigt die Mitte-***  
25 ***Studie<sup>[1]</sup>, dass rechtsextreme Einstellungen in den letzten Jahren stark***  
26 ***angestiegen, weiter in die ‚gesellschaftliche Mitte‘ gerückt sind und dass sich***  
27 ***Menschen zunehmend von der Demokratie distanzieren; ein Teil radikalisiert sich.***  
28 ***Dabei ist eine enge Verschränkung mit weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit***  
29 ***zu beobachten, darunter Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und***  
30 ***Antifeminismus.***

31  
32 ***Das Erstarken der Neuen Rechten und das elfjährige Bestehen der AfD – einer***  
33 ***Partei, deren Jugendorganisation und mehrere Landesverbände als gesichert***

34 **rechtsextrem eingestuft werden – stehen für eine Dekade organisierter**  
35 **Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. - „Die AfD wirkt“.**<sup>[2]</sup> **Die hohen**  
36 **Wahlergebnisse der AfD bei den Landtags- und U18-Wahlen in Hessen und Bayern**  
37 **verdeutlichen, dass auch junge Menschen gegenüber rechtspopulistischen bis**  
38 **extrem rechten Wahlangeboten empfänglich sind.**

### 39 **Positionierung**

40 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
41 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine  
42 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von  
43 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns  
44 selbstverständlich.

45 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und  
46 solidarisieren uns in unserer Arbeit explizit mit marginalisierte Gruppen. Wir  
47 positionieren uns klar gegen Demokratiefreundlichkeit und **Autoritarismus. Wir**  
48 **bekennen uns zur Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte weltweit. Um das zu**  
49 **gewährleisten, braucht es partizipatorische Prozesse und demokratische**  
50 **Kontrollmechanismen.**

51 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
52 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns  
53 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese  
54 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
55 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
56 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
57 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

58 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
59 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

### 60 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

#### 61 • **Position beziehen**

62 **Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und**  
63 **Gewalttaten**, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns  
64 nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere  
65 Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur\*innen,  
66 **insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben  
67 wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal  
68 bekräftigen.<sup>[1]</sup>

#### 69 • **Bildungsarbeit**

70 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**  
71 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**  
72 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**  
73 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**  
74 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**

75 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**  
76 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

77 • **Vernetzung**

78 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter  
79 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot **für**  
80 **sie**, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise  
81 der anderen erweitert werden **können**. Zudem vernetzt sich der BDKJ  
82 **Bundesevorstand** mit anderen antifaschistischen Organisationen und  
83 Gruppierungen, u.a. mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche &  
84 Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Bundesverband Mobile Beratung, **u.a.**  
85 **mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) und**  
86 **dem Bundesverband Mobile Beratung**, um eine größere Schlagkraft zu  
87 entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir Projekte, die unsere  
88 demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die U18/ U16-Wahlen des  
89 DBJR.

90 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

91 Als Lernorte gelebter Demokratie und durch unser christliches  
92 menschenfreundliches Selbstbild sind Einstellungen rechtsextremer und  
93 rechtspopulistischer sowie demokratiefeindlicher Parteien mit unserer  
94 Verbandsidentität nicht vereinbar. Mit der AfD ist eine rechtsextreme  
95 Partei einflussreich in der Politik vertreten. Für uns ist die Wahl oder  
96 Unterstützung dieser Partei nicht vereinbar mit unserer antifaschistischen  
97 Grundüberzeugung als Jugendverbandler\*innen. Die Mitgliedschaft in einer  
98 rechtsextremen Partei wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen  
99 rechtsextremen Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren  
100 Verbänden unvereinbar. Das bedeutet außerdem, dass wir Vertreter\*innen der  
101 AfD nicht zu unseren Veranstaltungen einladen, nicht an von der AfD  
102 ausgerichteten Veranstaltungen teilnehmen und die Teilnahme an  
103 Veranstaltungen, zu denen Vertreter\*innen der AfD eingeladen sind, sowie  
104 die Mitarbeit in Gremien, in denen Vertreter\*innen der AfD mitarbeiten, im  
105 Einzelfall prüfen (vgl. Beschlusslage 2016/2020 "Wir widersprechen, weil  
106 wir glauben").

107 **Forderungen an die Politik**

108 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
109 und gegen Angriffe **aus dem rechtsextremen Spektrum** zu verteidigen, fordern wir  
110 von der Politik:

111 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

112 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
113 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln  
114 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
115 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
116 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich

117 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
118 und **deren nachgeordneten Organsationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und  
119 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**  
120 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

121 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

122 • In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
123 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
124 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
125 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
126 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen. Wir solidarisieren uns mit  
127 den Betroffenen von strukturellem Rassismus und fordern eine umfassende  
128 Aufarbeitung dieser Strukturen und Vorfälle. Besonders verurteilen wir  
129 rassistisch motivierte Angriffe durch Polizist\*innen. Durch ihr  
130 staatliches Gewaltmonopol tragen sie besondere Verantwortung, unsere  
131 demokratischen Werte umzusetzen. Von Seiten der Politik braucht es eine  
132 deutliche Haltung gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt und für  
133 Aufklärung und Unterstützung der Betroffenen.

134 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

135 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
136 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
137 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
138 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
139 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
140 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten und deren Folgen, auch in  
141 und durch digitale Räume<sup>2</sup>, konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv  
142 entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

143 • **Verstetigung der Finanzierung von *Demokratieförderung und politischer***  
144 ***Bildung***

145 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur  
146 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
147 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
148 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
149 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
150 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
151 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter  
152 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. ***Darüber hinaus***  
153 ***fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen diskriminierende***  
154 ***Ideologien aufklären flächendeckend gefördert werden und politische***  
155 ***Bildung in allen Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.***

156 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

157 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend  
158 in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um

159 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf  
160 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv  
161 dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus  
162 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.  
163 Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf  
164 rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.  
165 Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht  
166 unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter  
167 Umgang mit demokratischen Mitbewerber\*innen muss gewahrt bleiben.

168 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**

169 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,  
170 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich  
171 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch  
172 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische  
173 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende  
174 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und  
175 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,  
176 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu  
177 schützen.

178 **Forderungen an die katholische Kirche**

179 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

180 • **Reform und Aufarbeitung**

181 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende  
182 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und  
183 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,  
184 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der  
185 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.  
186 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der  
187 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

188 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

189 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss  
190 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir  
191 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen  
192 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu  
193 beziehen.

194 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen involviert sind**

195 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
196 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
197 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
198 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
199 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
200

201            Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
202            beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
203            können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
204            für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

205            • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen**  
206            **Rechten benennen und bekämpfen**

207            In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
208            und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
209            und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
210            Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
211            Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
212            fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
213            beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
214            kirchlichen Strukturen auszuschließen.

215            Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,  
216            **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und  
217            Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

218            1 S. hierzu auch: [Mitte-Studie](#) der Friedrich-Ebert-Stiftung.

219            2 S. hierzu auch: [Amadeu Antonio Stiftung](#).

220

221            [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-  
222            Hauptversammlungen 2016 und 2020

223            [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**  
224            **Hauptausschusses 2024**

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.